

Einführung

Die (meist) Friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989 brachten neben den grundlegenden Änderungen der jeweiligen politischen Systeme auch eine Wende aus Sicht der modernen zeitgeschichtlichen Forschung. Sowohl die Archive der bereits untergegangenen kommunistischen Staatsparteien als auch Bestände der politischen Polizeibehörden und Geheimdienste standen nun unmittelbar oder einige Jahre nach dem Ende der Demokratisierung Wissenschaftlern, Publizisten und Staatsanwälten zur Verfügung. Der Zugang zu jenen Akten blieb eines der wichtigsten Postulate vieler osteuropäischer Bürgerrechtsbewegungen, wie etwa die Besetzungen der MfS-Zentrale in Berlin 1989 und 1990 sowie die spätere Verabschiedung des deutschen Stasiunterlagengesetzes vom 14. November 1991 zeigten.¹

Die Art und Weise, wie der Zugang zu den Akten der parteiinternen oder geheimdienstlichen Behörden gewährleistet wurde, unterschied sich von Land zu Land – je nach dem Tempo und der Art der politischen Transformation.² Das Ziel des Zugangs sowie die grundlegenden Themen, welche die Forscher bei den Recherchen beschäftigten, blieben jedoch länderübergreifend gleich. Es ging um die Aufarbeitung der kommunistischen Geschichte sowie die strafrechtliche Verfolgung des zwischen 1944 und 1989 verübten Unrechts. So stand neben der Transitional Justice Policy vor allem die Innenpolitik im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses. Dies belegen Zahlen. Im Jahr 2016 wurden 7 000³ bis 16 000⁴ Publikationen registriert, die sich in den vorausgegangenen 25 Jahren mit der DDR auseinandersetzten. Allerdings wurden in einer Bibliografie zur Staatssicherheit⁵ nur 40 Werke zu den internationalen Verbindungen des MfS innerhalb des Warschauer Paktes erwähnt.

Diese quantitative Diskrepanz lässt sich relativ einfach erklären. Die Forschung spiegelte die Archivbestände der Institutionen, die primär die Innenpolitik betrafen. Zudem löste die innenpolitische Dimension der geheimdienstlichen

-
- 1 Ausführlicher darüber: Christian Booß, Von der Stasi-Erstürmung zur Aktenöffnung. Konflikte und Kompromisse im Vorfeld der Deutschen Einheit. In: Deutschland-Archiv, 44 (2011) 1, S. 79–87.
 - 2 Reiner Schiller-Dickhut/Bert Rosenthal (Hg.), The “European Network of Official Authorities in Charge of the Secret Police Files”. A Reader on the Legal Foundations, Structures and Activities, 2. Auflage Berlin 2014, S. 5.
 - 3 Ulrich Mählert, Totgesagte leben länger. Oder: Konjunkturen der DDR Forschung vor und nach 1989. Eine Einführung. In: Ulrich Mählert (Hg.), Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, S. 9–23, hier 9.
 - 4 Thomas Großmann, DDR-Geschichte in Forschung und Lehre. Bilanz und Perspektiven: Konferenzbericht: <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3353>.
 - 5 Zit. nach Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR. Abrufbar in: <http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Bibliothek/Auswahl-Bibliographie/auswahl-bibliographie-node.html>.

Tätigkeit lebhaft Debatten aus, etwa über die tatsächliche Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in Ostdeutschland. Sie haben auch in dieser Zeitschrift ihren Niederschlag gefunden.⁶

Das stark angewachsene Wissen über die hauspolitischen Interna der kommunistischen Geheimdienste, das auch komparatistisch in mehrsprachigen Standardwerken kompiliert wurde,⁷ kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wichtige Aspekte bislang wenig erforscht sind. So gibt es in der Geschichte des Kalten Krieges viele Themen, die meist nur publizistisch⁸ und zum Teil äußerst subjektiv⁹ in der populären Literatur erörtert wurden, während es an quellen-sättigten wissenschaftlichen Studien mangelt. Wissenschaftliche Analysen, wie sie in der angelsächsischen¹⁰ und der osteuropäischen¹¹ Welt sowohl separat¹² als auch in Sammelwerken¹³ veröffentlicht worden sind, zeigen: Vor allem die externe Dimension der Arbeit der kommunistischen Geheimdienste lohnt eine nähere Beschäftigung.¹⁴ Es geht dabei um die grenzüberschreitenden Aktivitäten jener Dienste, auch, aber nicht nur, in der klassischen Ost-West-Richtung. Zur Erhellung dieses Problemkreises soll das vorliegende Heft einen kleinen Beitrag leisten. Es bietet neue Forschungserkenntnisse über Aktivitäten kommunistischer Geheimdienste im westlichen Europa.

6 Themenheft „Stasi konkret? Zur gesellschaftlichen Wirksamkeit der Staatssicherheit“: Totalitarismus und Demokratie, 11 (2014) 2, S. 181–184.

7 Siehe: Łukasz Kamiński/Krzysztof Persak/Jens Gieseke (Hg.), Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, Göttingen 2009.

8 Vgl. Udo Ulfkotte, Der Krieg im Dunkeln: Die wahre Macht der Geheimdienste. Wie CIA, Mossad, MI6, BND und andere Nachrichtendienste die Welt regieren, Altenau 2013.

9 Vgl. Reinhard Grimmer (Hg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Band 1, Berlin 2003, S. 76.

10 Zum Beispiel: Beatrice de Graaf/Ben de Jong/Wies Platje (Hg.), Intelligence Operations in Germany and the Netherlands in the Twentieth Century, Amsterdam 2007, S. 3; Jonathan Haslam/Karina Urbach, Secret Intelligence in the European States System, 1918–1989, Stanford 2013, S. 1.

11 Gemeint ist hier etwa die polnischsprachige Ausgabe der wissenschaftlichen Zeitschrift des Institutes des Nationalen Gedenkens „Pamięć i Sprawiedliwość“ (Erinnerung und Gerechtigkeit), von 2014, wo die Beiträge aus der von diesem Institut mitveranstalteten Konferenz „Need to know“ publiziert wurden, und zwar mit dem Schwerpunkt: Aufklärung und Politik. Ost- und Westperspektiven, englische und im Heft mehrmals zitierte Fassung: Władysław Bułhak/Thomas Wegener Friis (Hg.), Need to know. Eastern and Western perspectives, Odense 2014.

12 Wojciech Skóra/Paweł Skubisz (Hg.), Studia nad wywiadem i kontrwywiadem Polski w XX wieku, Szczecin 2012 [Studien über Aufklärung und Spionageabwehr Polens im XX. Jahrhundert, Band II, Stettin 2015].

13 Thomas Wegener-Friis/Kristie Macrakis/Helmut Müller-Enbergs (Hg.), East German Foreign Intelligence. Myth, reality and controversy, London 2010.

14 Dieses Postulat bestätigte sich auch in den Beiträgen der Forschungsperspektivenkonferenz der Abteilung Bildung und Forschung beim BSTU im Jahr 2012: http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Forschung/Forschungsprojekte/Downloads/forschungsperspektiven_bstu.pdf?_blob=publicationFile.

Auf das bisher unbekanntes Terrain begibt sich vor allem die Autorengruppe um Thomas Wegener Friis, indem sie die Aktivitäten der ostmitteleuropäischen Geheimdienste im Norden Europas erforscht. Zwar standen die skandinavischen Staaten anders als etwa Deutschland nicht im Zentrum der potenziellen Kriegspläne des Warschauer Paktes. Aber ihre nicht eindeutige oder halbneutrale Position in der Blockkonfrontation weckte das besondere Interesse der militärischen Aufklärung und Abwehr. Wie die Autoren zeigen können, erschwerten die äußeren Umstände, etwa Sprachbarrieren, die operative Arbeit erheblich. Sie wurde selbst von Warschauer-Pakt-Staaten betrieben, die keine Seegrenze hatten, machte aber nur bescheidene Fortschritte. In den nordischen Ländern bevorzugte man daher „leichte Lösungen“ wie den Aufbau legaler Residenturen und die Anwerbung von Quellen innerhalb von Gruppen, die aus Sicherheitsperspektive weniger problematisch erschienen. Trotz aller Schwierigkeiten wurden Erfolge verzeichnet. So war die Funkaufklärung der Nationalen Volksarmee im Stande, ins skandinavische NATO-Funknetz einzudringen und dadurch Telefongespräche abzuhören und zu dechiffrieren.

Christopher Nehrings Beitrag überschreitet den regionalen Rahmen der „nordischen“ Autorengruppe. Im Mittelpunkt seines Beitrags steht der manipulative Einsatz von Informationen. Der sowjetische Geheimdienst entwickelte hierfür spätestens ab den 1950er-Jahren eine feste Struktur: den für „aktive Maßnahmen“ zuständigen Dienst A der Ersten KGB-Hauptverwaltung. In der Folgezeit wurden auch die sozialistischen „Bruderorgane“ zu Operationen ähnlicher Art angehalten. Nehring geht auf einige Beispieloperationen ein und beleuchtet die Reaktionen des Westens. Abschließend widmet er sich der Frage, wie effektiv und wirkungsmächtig die „aktiven Maßnahmen“ waren. Seine Antwort ist eindeutig: Zwar gelang es den osteuropäischen Diensten oft, den „Westen“ schlecht aussehen zu lassen, zu verwirren oder bestimmte Themen heraufzuspielen. Dies unterminierte in Ansätzen das Vertrauen auf die betreffenden Staaten, führte jedoch nur selten zu einem Ansehensgewinn des „realen Sozialismus“ und der sozialistischen Länder. Mehr noch: Der „Westen“ entwickelte in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften so große Anziehungskraft, dass die kommunistischen Propagandamaßnahmen kaum eine Erfolgchance besaßen.

Immerhin waren im „Westen“ viele (junge) Menschen bereit, für osteuropäische Geheimdienste zu spionieren. Das konnte zu einem Problem werden, wenn sie eine Familie gründen und Kinder haben wollten. Helmut Müller-Enbergs fragt in seiner Studie nach der Rolle der Agentenkinder in der Spionagetätigkeit der Eltern. Er kommt zu dem Ergebnis, dass ihre Zukunft den Eltern auch „im Kapitalismus“ wichtiger war als der Gewinn für die betreffenden Dienste. Wenn die Loyalität gegenüber dem MfS die berufliche Laufbahn der Kinder gefährden konnte, wurden die Kontakte mit der Stasi gelockert oder gar gelöst. Insofern war der Einsatz der Agentenkinder etwa in der alten Bundesrepublik minimal.

Neben dem Themenschwerpunkt des Heftes stehen zwei Beiträge teils historischen, teils politikwissenschaftlichen Inhalts. Der Historiker Benno Kirsch widmet sich der Kontroverse um das Verhältnis des Stasiopfers Walter Linse

zum NS-System. Linse dokumentierte Menschenrechtsverletzungen in der DDR, wurde entführt und 1953 in Moskau hingerichtet. In der Biografie Klaus Bästleins wird er als ein Anhänger des NS-Regimes und Antisemit porträtiert. In seiner quellengesättigten Studie untermauert Kirsch die These, dass sich antisemitisches Denken bei Linse ebenso wenig nachweisen lässt wie die behauptete böswillige Behandlung der von der „Arisierung“ Betroffenen. Ein Gegner oder gar Widerstandskämpfer sei Linse zwar auch nicht gewesen. Er habe aber dem NS-Regime eher distanziert gegenüber gestanden.

Das politikwissenschaftliche Forscherteam (Aron Buzogány, Rolf Frankenberg und Patricia Graf) analysiert nicht die persönlichen Schicksale, sondern die Strukturen der Legitimation in Autokratien am Beispiel der Innovationspolitik. Das Ergebnis der Studie lässt sich knapp wie folgt zusammenfassen: Innovation vermehrt tendenziell Wohlstand und Bildung, befördert gesellschaftlichen Wandel und den Wunsch von Teilen der Bevölkerung nach politischer Partizipation. Dies wiederum gefährdet den Machterhalt. Der grundlegende theoretisch-politikwissenschaftliche Beitrag belegt eindrucksvoll den Wert komparativer Analysen – auf dem Gebiet der Diktaturforschung im Allgemeinen, auf dem der Geheimdienstgeschichte im Besonderen.

Tytus Jaskułowski